

Kreis Havelland ist nicht am Verfahren beteiligt

STEINKOHLKRAFTWERK Flächennutzungsplan ist Sache des Kreises Stendal und der Stadt Arneburg

Von Joachim Wilisch

WESTHAVELLAND | Die Gemeinden im Landkreis Havelland aber auch die Kreisverwaltung selbst sind nicht beteiligt am Flächennutzungsplanverfahren für den Industriepark Arneburg, wo RWE den Bau eines Steinkohlekraftwerkes plant.

Das sagte jetzt der Dezent der havelländischen Kreisbauverwaltung, Jürgen Goulbier. Erst, wenn der Energieversorger RWE einen Bauantrag stelle, trete möglicherweise der Fall ein, dass man den Kreis oder Nachbargemeinden beteiligen müsse. „Das hängt davon ab ob es eine Angelegenheit der Raumordnungsplanung ist.“ Inzwischen zeichnet sich ab, dass

es unterschiedliche Ansichten zu dem Projekt gibt. Der Bürgermeister der Stadt Premnitz riet zur Zurückhaltung. „Ich selbst kenne die Pläne nicht und habe erstmals aus der Zeitung davon erfahren“, sagte Roy Wallenta. Er wolle zunächst in Erfahrung bringen, was in Arneburg geplant ist.

Landrat Burkhard Schröder hat einen Brief an seinen Kollegen im Landkreis Stendal geschrieben. Kreisbaudezernent Jürgen Goulbier bekräftigte allerdings gestern noch einmal: „Wir haben davon nichts gewusst.“

Die havelländische Kreistagsabgeordnete Dorothea Staiger (Bündnis 90/Grüne) war allerdings schon länger im Bilde. „Wir sind ja von den

Grünen in Sachsen-Anhalt eingeladen und informiert worden.“ Der Bau eines Steinkohlekraftwerkes passe nicht an diesen Ort. „Das ist eine Steinzeit-Technologie“, sagte sie und kündigte an, dass man im Kreistag Havelland auch die notwendigen Initiativen ergreifen muss.

Politisch will sich das Amt Rhinow schon im Zuge des Flächennutzungsplanverfahrens äußern. Auch, wenn die Kommunen an der Havel nicht offiziell am Verfahren beteiligt sind, soll es eine Stellungnahme geben. Wie diese aussehen wird, soll der Amtsausschuss bei seiner nächsten Sitzung klären. Zunächst haben die Gemeindevertreterungen die Angelegenheit auf der Tagesordnung. „Schön ist

das alles nicht, aber in Brandenburg können wir nur wenig dagegen tun“, erläuterte Dieter Dombrowski (MdL CDU) seinen Standpunkt. „Der Bau dieses Kraftwerkes ist zunächst Sache des Landes Sachsen-Anhalt und der Flächennutzungsplan ist eine Sache des Kreises Stendal.“ Dombrowski ist auch Vorsitzender des Landtagsausschusses für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. RWE plant den Bau eines großen Doppelblockkraftwerkes. Die beiden Kühltürme würden rund 166 Meter hoch sein. Der Flächenbedarf für das Projekt ist mit 140 Hektar angegeben.

Im April wurde eine Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk gegründet, der inzwischen 250 Mitglieder angehören. Heute Abend um 19 Uhr findet ein Treffen in Strodehne statt, wo die Bürgerinitiative über das Projekt informiert. Die Schadstoffe, die das geplante Kraftwerk freisetzen würde, sind immens. Neun Millionen Tonnen CO₂ im Jahr, dazu 6460 Tonnen Stickoxid und 5880 Tonnen Schwefeldioxid. Bei Westwind würde die gesamte Havelregion davon betroffen sein. Auch bei Windstille wären die Auswirkungen zu merken.

Gefahren befürchtet die Bürgerinitiative gegen den Kraftwerksbau auch für den Tourismus, der sich mit der Buga 2015 in der Region östlich und westlich von Havel und Elbe weiter entwickeln soll.

Im April wurde eine Bürgerinitiative gegen das Steinkohlekraftwerk gegründet, der in-